

# Stadt Bergisch Gladbach

## Der Bürgermeister

Datum

**25.02.2010**

Ausschussbetreuender Fachbereich

**Bildung, Kultur, Schule und Sport**

Schriftführung

Petra Weymans

Telefon-Nr.

**02202-142554**

## Niederschrift

**Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport**  
**Sitzung am Dienstag, 26.01.2010**

Sitzungsort

**Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach**

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

**17:00 Uhr - 19:10 Uhr**

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

### **Sitzungsteilnehmer**

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

### **Tagesordnung**

#### **A Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Bestellung einer Schriftführerin / eines Schriftführers und einer stellvertretenden Schriftführerin / eines stellvertretenden Schriftführers**  
*0484/2009*
- 3 Einführung und Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern sowie von deren Stellvertreterinnen und Stellvertretern**  
*0485/2009*
- 4 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 5 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für**

**Bildung, Kultur, Schule und Sport am 09.08.2009**  
**- öffentlicher Teil-**  
*0486/2009*

- 6**     **Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**
  
- 7**     **Mitteilungen des Bürgermeisters**
  
- 8**     **Schulstatistik**  
*0482/2009*
  
- 9**     **Einrichtung einer Bergisch Gladbacher Bildungslandschaft**  
*0500/2009*
  
- 10**    **Wahl der stimmberechtigten und beratenden Mitglieder der erweiterten  
Schulkonferenzen**  
*0483/2009*
  
- 11**    **Gütesiegel "Individuelle Förderung" für die KGS In der Auen**  
*0014/2010*
  
- 12**    **Erfolg der KGS In der Auen bei den Lernstandserhebungen im Fach Mathematik**  
*0015/2010*
  
- 13**    **Ablehnung einer Zuschussgewährung aus dem Konjunkturpaket II an den  
Sportverein SC 1927 Bergisch Gladbach e.V.**  
*0019/2010*
  
- 14**    **Abschlussbericht Bildungsprojekt: denken - sprechen - lesen, ein Sprach- und  
Leseprojekt der Stadt Bergisch Gladbach, 17.08. - 10.10.2009**  
*0020/2010*
  
- 15**    **Schenkung des Künstlers Hermann Eskens an die Städtische Galerie Villa Zanders**  
*0491/2009*
  
- 16**    **Kulturprojektförderung 1. Halbjahr 2009**  
*0487/2009*
  
- 17**    **Anträge der Fraktionen**
  
- 17.1**   **Antrag der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) vom 16.12.2009 zur Einrichtung eines  
Jugendparlaments für Bergisch Gladbach**  
*0021/2010*
  
- 17.2**   **Durchführung einer Befragung zum Elternwillen und Bedarf von Gesamtschulen**  
*0012/2010*
  
- 17.3**   **Anträge der FDP - Fraktion und der Fraktion Die Linke. (mit BfBB) vom  
27.11.2009 und 30.11.2009 zur Bestellung weiterer beratender Mitglieder für den  
Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport (0555 / 2009)**

*0024/2010*

**17.4 Antrag der CDU Fraktion vom 14.12.2009 zur Fortführung des  
Veranstaltungsmanagements im Erdgeschoss der Villa Zanders**  
*0027/2010*

**18 Anfragen der Ausschussmitglieder**

## Protokollierung

### A Öffentlicher Teil

#### 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Miede eröffnet um 17.00 Uhr die Sitzung.

Herr Dr. Miede begrüßt sodann den Kämmerer Herrn Mumdey, die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Kirchen und Verbände, die Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Gäste, stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung des Ausschusses und die fehlenden Ausschussmitglieder (siehe Anwesenheitsliste) fest.

Nach einer kurzen Begrüßungsrede tritt Herr Dr. Miede in die Tagesordnung ein.

#### 2. Bestellung einer Schriftführerin / eines Schriftführers und einer stellvertretenden Schriftführerin / eines stellvertretenden Schriftführers 0484/2009

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

**Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport bestellt Frau Petra Weymans als Schriftführerin. Im Falle ihrer Verhinderung nimmt Stadtoberinspektor Hans-Jörg Fedder diese Aufgabe wahr.**

#### 3. Einführung und Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern sowie von deren Stellvertreterinnen und Stellvertretern 0485/2009

Die nachfolgend aufgeführten Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport werden unter Verlesung des Verpflichtungstextes vom Vorsitzenden eingeführt und zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben verpflichtet.

Mitglieder:

Frau Annette Glamann-Krüger (FDP-Fraktion)

Herr Werner Schwamborn (Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB))

Herr Dr. Thomas Kerschner (Fraktion KIDinitiative)

Frau Heidemarie Birkholz (Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen)

Herr Heinz-Ulrich Heimann (Katholische Kirchengemeinde)

Stellvertretende Mitglieder

Herr Wolfgang Göbels (CDU-Fraktion)

Frau Ricarda Appel (Evangelische Kirchengemeinde)

4. **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**

Die Niederschrift wird vom Ausschuss einstimmig genehmigt.

5. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 09.08.2009**  
**- öffentlicher Teil -**  
*0486/2009*

Frau Lehnert möchte gerne den aktuellen Sachstand zur Bücherei Bensberg wissen.  
Herr Mumdey erklärt, die Angelegenheit sei weiter bei ihm und Herrn Urbach in Prüfung.

Der Durchführungsbericht wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

6. **Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**

Der Vorsitzende macht keine Mitteilungen.

7. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

Herr Mumdey gibt einen Zwischenbericht zum Sportentwicklungsplan ab. Zunächst sei eine Umfrage mittels Fragebögen bei den Bürgerinnen und Bürgern durchgeführt worden. Bei 3.600 verschickten Fragebogen habe es eine Rücklaufquote von 28 % gegeben. Derzeit werte die beauftragte Firma die Fragebögen aus. Anschließend werde eine fragebogengestützte Sportverhaltensstudie und eine Sportstättenanalyse erstellt. Nach Vorlage der Ergebnisse werde man diese in mehreren Workshops mit den Vertretern der Politik, der Verwaltung, des Stadtsportverbandes und auch der Vereine diskutieren und bewerten. Hieraus werde dann die Vorlage des Sportentwicklungsplanes für die Stadt Bergisch Gladbach abgeleitet. Dies alles solle bis zum Herbst 2010 durchgeführt sein.

8. **Schulstatistik**  
*0482/2009*

Frau Lehnert bedankt sich zunächst bei der Verwaltung für die Zusammenstellung der Auswertung. Leider sei diese nicht nach Schulstandorten geordnet. Sie regt an, diese zumindest für den Primarbereich noch einmal sozialraumorientiert zu ordnen, um eine bessere Übersicht zu erhalten. Sie möchte gerne wissen, ob es bereits gefährdete Schulstandorte gebe und wenn ja, ob die Verwaltung dafür ein Konzept entwickle. Ferner fragt sie, wie viele Schülerinnen und Schüler von auswärts Bergisch Gladbacher Schulen besuchten und wie viele Kinder auswärtige Schulen.

Herr Pütz teilt mit, man habe die Auflistung des Landes so übernommen. Er bedankt sich für die Anregung, die Auswertung der besseren Übersicht wegen nach Wohnplätzen zu ordnen und möchte dies für die Zukunft umsetzen. Gefährdete Schulstandorte gebe es seines Erachtens nicht. Die Geburten bis einschließlich dem Einschulungsjahrgang 2014 seien stabil. Allerdings sei beim Jahrgang 2009, der zum 1.8.2015 schulpflichtig werde, ein bedenklicher Rückgang an Kindern zu verzeichnen. Dies werde man bei der Erstellung des Schulentwicklungsplanes berücksichtigen müssen. Ferner teilt er mit, es gebe keine Statistik über auswärtige Kinder an Bergisch Gladbacher Schulen bzw. Bergisch Gladbacher Kinder an auswärtigen Schulen. In den Grundschulen gebe es wenig auswärtige Kinder. Bei der Sekundarstufe I besuchten ca. 100 auswärtige Kinder pro Einschulungsjahrgang die Schulen in Bergisch Gladbach. Auspendler gebe es im Primarbereich und der Sekundarstufe I kaum.

Auf Rückfrage von Frau Lehnert, ob sich nach Aufhebung der Schuleinzugsbezirke das Einschulungsverhalten der Eltern geändert habe, erläutert Herr Pütz, der Rheinisch-Bergische Kreis habe versucht, dies kreisweit zu erfassen, und festgestellt, es gebe keine Änderung beim Einschulungsverhalten. Die Eltern meldeten ihre Kinder in aller Regel an der nächstgelegenen Grundschule an.

Herr Dr. Miede weist darauf hin, es gebe drei Grundschulen mit je ca. 100 Schüler, über die man sich in Zukunft Gedanken machen müsse. Bei den anderen Schulen gebe es diese Problematik nicht. Zu berücksichtigen sei hier natürlich auch die Klassenzahl, d.h. die Schüler pro Klasse, die je nach Schulform und Schulstufe unterschiedlich sei. In den Grundschulen seien 17 Schüler pro Klasse sowie die Klasseneinzügigkeit zulässig.

Auf Rückfrage von Frau Koshofer, warum die Waldorfschule nicht aufgeführt sei, antwortet Herr Dr. Miede, es handle sich hier um eine amtliche Schulstatistik, in der Privatschulen nicht aufgeführt seien. Ferner möchte Frau Koshofer wissen, ob es eine Realschule gebe, die gefährdet sei und ob man evtl. Realschulen zusammenlegen könne. Sie verweist auf die Schülerzahlen der Realschule Herkenrath und der Marie-Curie-Realschule. Herr Dr. Miede gibt Frau Koshofer Recht. Diese Standorte müsse man beobachten.

Die Vorlage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

## **9. Einrichtung einer Bergisch Gladbacher Bildungslandschaft** *0500/2009*

Herr Pütz teilt mit, mit diesem Tagesordnungspunkt habe sich bereits der Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann sowie der Jugendhilfeausschuss befasst. Die CDU-Fraktion habe im Jugendhilfeausschuss eine Ergänzung des Beschlussvorschlages beantragt. Der Jugendhilfeausschuss habe daraufhin auf Antrag der CDU-Fraktion folgenden Beschluss gefasst:

1. Die Entwicklung einer Bergisch Gladbacher Bildungslandschaft soll mit einer breit angelegten Auftaktveranstaltung, welche sich mit den fünf in der Vorlage genannten Themenstellungen befasst, im Frühjahr 2010 gestartet werden.
2. Aufbauend auf den Ergebnissen dieser Auftaktveranstaltung legt die Verwaltung den in der Vorlage genannten zuständigen Ausschüssen einen Vorschlag für eine Organisations-, Steuerungs- und Kommunikationsstruktur sowie einen Zeitplan vor.
3. Die konkreten Arbeitsformen vor Ort sollen mit den Akteuren und Akteurinnen entwickelt werden.

Frau Lehnert teilt mit, der Antrag der CDU-Fraktion spreche für sich. Es sei die Reihenfolge der Vorgehensweise verändert worden. Die CDU-Fraktion habe aber noch einen weiteren Ergänzungswunsch. Auf der Anlage 2 – Organisationsstruktur und Steuerung der Bergisch Gladbacher Bildungslandschaft (Seite 29) - solle der Text in der Raute „Fachstelle Jugendhilfe- und Sozialplanung“ ergänzt werden um das Wort Bildungsplanung und „**Fachstelle Jugendhilfe-, Sozial- und Bildungsplanung**“ lauten, da es sich hier um eine Bildungslandschaft handele.

Herr Kleine teilt mit, es handele sich um eine sehr interessante Vorlage. Bei der Bildungsdefinition werde jedoch die Zeit der Aufklärung vermisst. Er regt an, die Diskussion um die Definition etwas weiter zu fassen. Ferner erklärt er, der Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion überschneide sich mit den Vorstellungen der SPD-Fraktion. Auch die SPD-Fraktion wünsche eine stärkere Einbeziehung des Rates und der Kommune. Weiterhin regt er an zu prüfen, ob andere Kommunen ähnliche Modelle entwickelt hätten, auf deren Erfahrungen man aufbauen könne

Frau Beisenherz-Galas spricht die Merkmale auf Seite 22 an. Diese seien alles Ziele, die man unterstützen könne. Verwundert sei sie jedoch darüber, dass bei dem gesamten Projekt das dreigliedrige Schulsystem, welches ja in der Kritik stehe, sowie die Gesamtschule nicht genannt werde. Sie stellt die Frage, warum diese so zentrale und fundamentale Ausrichtung hier überhaupt keine Rolle spiele. Die Weichen in Richtung Gesamtschule könnten hier schon ein bisschen gestellt werden. Eine weitere Tabuisierung der Diskussion führe ihres Erachtens nach in eine Sackgasse.

Frau Koshofer entgegnet darauf, dazu gebe es unterschiedliche Meinungen. Ihrer Meinung nach müssten die Klassen kleiner und mehr die Betreuung des einzelnen Schülers möglich sein. Sie spricht den Begriff „Orientierung an Lebensphasen“ auf Seite 24 an und meint, es solle hier eher Lernphasenprozess heißen. Ferner stellt sie fest, man habe hier einen neuen Ansatz. Der kommunale Raum werde anders wahrgenommen. Dies sei ein großartiger Ansatz. Die FDP-Fraktion habe jedoch Bedenken, dass dies nicht nur Phasen, sondern unter Umständen auch Phrasen sind. Die Phasen müsse man mit Leben füllen.

Auch Herr Dr. Mieke spricht das Fehlen der Zeit der Aufklärung bei der Bildungsdefinition an. Auf die Kritik von Frau Beisenherz-Galas um die fehlende Diskussion über die verschiedenen Schulformen entgegnet er, dass eine solche Diskussion bei der Schaffung einer Bildungslandschaft nicht hilfreich sei. Es findet es einleuchtend, dass allgemein von Schule gesprochen werde. Evtl. könnten die Schulformen in einem Zusatz erwähnt werden. Seiner Ansicht nach habe dieser Entwurf eine andere Intention als die Diskussion um Schulformen und -standorte.

Herr Dr. Bernhauser erklärt, er sei froh, dass sich das Konzept der Kommunalen Bildungslandschaft nicht nur auf die Schule konzentriere; die Schule sei nur ein Baustein. Bildung finde an den verschiedensten Orten, in den verschiedensten Altersstufen und in den verschiedensten Formen statt. Lebenslanges Lernen gebe es vom Kleinstkinderalter bis ins hohe Alter. Dies sei in diesem Konzept abgebildet. Die verschiedenen Bildungsakteure und Bildungsinstitutionen sollten miteinander ins Gespräch gebracht, vernetzt und ihre Bildungsangebote aufeinander abgestimmt werden. Ferner sollten diese auf die Bedarfe der Stadt und der Region abgestimmt werden.

Herr Schwamborn erklärt, die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) begrüße die Einrichtung einer Bergisch Gladbacher Bildungslandschaft. Ferner möchte er gerne die Kosten wissen.

Herr Dr. Mieke kann sich nicht vorstellen, dass hohe Kosten entstünden, da ja die eigentliche Arbeit von der Verwaltung erledigt werde. Ferner weist er auf die Darstellung der finanziellen Auswirkungen auf Seite 27 hin. Auch Herr Mumdey geht davon aus, dass es keinen zusätzlichen Aufwand gebe, der über die normale Verwaltungstätigkeit hinausgehe.

Herr Heimann erklärt, es handele sich um eine sehr ausführliche und aufschlussreiche Vorlage. Er weist darauf hin, dass im letzten Jahr auf Kreisebene eine Bildungskonferenz gegründet worden sei. Akteure und Verfasser dieser Vorlage seien auch federführend in diesem Bildungsnetzwerk und der Steuerungsgruppe eingebunden, wie auch auf Seite 26 erwähnt. Irritiert sei er auch über die fehlende Abstimmung mit der Schulaufsicht. Die Ziele der Bildungslandschaft der Stadt Bergisch Gladbach und die der Bildungskonferenz des Rheinisch-Bergischen Kreises würden sich überschneiden. Dadurch könnten Parallelstrukturen entstehen, die Kapazitäten binden würden. Er bittet darüber nachzudenken, wie man Doppelstrukturen in diesem wichtigen Bildungsbereich vermeiden könne.

Frau Scheerer spricht nochmals die Kosten an und weist auf die Kosten und Ressourcenbindung zur Erstellung des Integrationskonzeptes hin. Sie glaube nicht, dass die im Konzept genannten Workshops usw. zum Nulltarif möglich seien.

Herr Dr. Miede verweist nochmals auf die in der Vorlage dargestellten finanziellen Auswirkungen. Es gehe davon aus, dass in der Anlaufphase Veranstaltungen in öffentlichen Gebäuden der Stadt stattfinden und somit die Kosten minimal oder gar nicht gegeben seien. Herr Pütz ergänzt, es werde niemand zusätzlich eingestellt oder Dritte mit der Durchführung beauftragt, sondern eigenes Personal eingesetzt, welches sowieso schon involviert sei.

Herr Dr. Miede kann Herrn Heimanns Bedenken bezüglich der möglichen Entstehung von Parallelstrukturen verstehen. Er findet jedoch, dass die Stadt Bergisch Gladbach als eigenständige Kommune schon mal mit ihrem Konzept anfangen solle.

Der ABKSS fasst mehrheitlich, bei einer Gegenstimme der KIDinitiative, die folgenden **Beschlussempfehlung** gemäß dem Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion vom 08.12.2009:

1. **Die Entwicklung einer Bergisch Gladbacher Bildungslandschaft soll mit einer breit angelegten Auftaktveranstaltung, welche sich mit den fünf in der Vorlage genannten Themenstellungen befasst, im Frühjahr 2010 gestartet werden.**
2. **Aufbauend auf den Ergebnissen dieser Auftaktveranstaltung legt die Verwaltung den in der Vorlage genannten zuständigen Ausschüssen einen Vorschlag für eine Organisations-, Steuerungs- und Kommunikationsstruktur sowie einen Zeitplan vor.**
3. **Die konkreten Arbeitsformen vor Ort sollen mit den Akteuren und Akteurinnen entwickelt werden.**

10. **Wahl der stimmberechtigten und beratenden Mitglieder der erweiterten Schulkonferenzen**  
0483/2009

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst einstimmig den folgenden **Beschluss**:

1. **Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport entsendet Herrn Stadtverwaltungsdirektor Dr. Lothar Speer als stimmberechtigtes Mitglied in die erweiterten Schulkonferenzen. Im Vertretungsfall nimmt Herr Stadtoberamtsrat Hans Pütz diese Aufgabe wahr.**
2. **Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport entsendet Herrn Dr. Wolfgang Miede, Frau Elke Lehnert und Frau Renate Beisenherz-Galas als beratende Mitglieder in die erweiterten Schulkonferenzen. Im Vertretungsfall benennen die beratenden**

**Mitglieder der Schulverwaltung einen persönlichen Vertreter, damit dieser zu den Sitzungen eingeladen werden kann.**

**11. Gütesiegel "Individuelle Förderung" für die KGS In der Auen**  
*0014/2010*

Herr Pütz nimmt noch mal Bezug auf die Diskussion um gefährdete Schulstandorte und merkt an, es handle sich hier um eine kleine Schule. Eine solch individuelle Förderung, wie sie hier stattgefunden habe und ausgezeichnet worden sei, sei gerade in so kleinen Systemen möglich.

Frau Koshofer teilt mit, sie sei sehr angetan davon, wie diese Schule geführt werde. Die Ergebnisse sprächen für sich. Frau Beisenherz-Galas schließt sich dem an. Auch sie sei beeindruckt gewesen von den erbrachten Leistungen.

Frau Winkels lobt ebenfalls das Engagement der Schulgemeinde. Ferner freue es die SPD-Fraktion, dass der Kernsatz der sozialdemokratischen Bildungspolitik (Seite 33) sein Ziel gefunden habe.

Ebenso äußert sich Frau Lehnert lobend über die Leistung und das Engagement der Schule wie auch über die Auszeichnung bei den Lernstandserhebungen im Fach Mathematik, welche in TOP 12 angesprochen werde.

Die Vorlage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

**12. Erfolg der KGS In der Auen bei den Lernstandserhebungen im Fach Mathematik**  
*0015/2010*

Herr Dr. Miede spricht im Namen des Ausschusses dessen Anerkennung an die Schulgemeinde aus. Er hofft, dieser Erfolg werde sich zukünftig auch auf die Anmeldezahlen niederschlagen.

Die Vorlage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

**13. Ablehnung einer Zuschussgewährung aus dem Konjunkturpaket II an den Sportverein SC 1927 Bergisch Gladbach e.V.**  
*0019/2010*

Herr Neu bittet die Mitglieder des Ausschusses, der Verwaltungsvorlage so nicht zuzustimmen, sondern dem Sportverein SC 1927 Bergisch Gladbach e.V. die Mittel aus dem Konjunkturpaket II zu geben. Der Verein möchte der Stadt gerne einen Kunstrasenplatz erstellen. Dazu habe der Verein bereits einen Antrag zur Bezuschussung der Sanierung und Neuaufbau als Kunstrasenplatz in Höhe von 230.000 Euro gestellt. Dieser Antrag sei vom Rat abgelehnt worden. Mit dem jetzigen neuen Antrag werde nur noch ein Zuschuss in Höhe von 68.000 EUR beantragt. Billiger könne die Stadt nicht an einen Kunstrasenplatz kommen. Ferner gehe es hier um die Finanzierung aus Mitteln des Konjunkturpakets II und nicht um die aus Haushaltsmitteln. Die Aussage in der Vorlage, es seien keine Mittel aus dem Konjunkturpaket II mehr vorhanden, stimme seiner Meinung nach nicht. Es gebe noch Mittel, die noch nicht vergeben seien. Zusätzlich weise er auf die laut Vorlage

anstehende Sanierung des Platzes in den nächsten Jahren hin. Deshalb werde die SPD-Fraktion dieser Vorlage so nicht zustimmen.

Frau Koshofer meint, es gebe gute Gründe für einen Zuschuss zu stimmen, andererseits gebe es auch noch sanierungsbedürftige Schulen. Sie und ihre Fraktion seien bei diesem Punkt noch unentschlossen.

Frau Lehnert findet, es gehe hier um eine grundsätzliche Entscheidung. Sie stimme Herrn Neu in einem zu; so günstig komme man an keinen neuen Sportplatz. Es sei bemerkenswert, dass der Verein es geschafft habe, solch eine Summe aufzubringen. Allerdings müsse man auch die Projekte gegeneinander abwägen. Daher werde die CDU-Fraktion dem Vorschlag der Verwaltung zustimmen. Es sei hier jetzt eine Grundsatzentscheidung zu treffen. Die CDU-Fraktion werde dieser Mittelvergabe aus dem Konjunkturpaket II an dieser Stelle nicht zustimmen.

Herr Kraus weist auf die ablehnende Ratsentscheidung vom 17.11.2009 hin. Auch er möchte im Rahmen des Konjunkturpakets II die Mittel, die für den Sport noch offen wären, diesem gerne geben. An dieser Stelle jedoch wieder Geld aus der Verhandlungsmasse hinauszuziehen, halte er für den falschen Schritt und momentan für unfair allen anderen Sportvereinen gegenüber. Im Rahmen der Haushaltsberatungen könne noch über alle Positionen verhandelt werden.

Herr Schwamborn schließt sich den Ausführungen von Herrn Neu unbeschränkt an. Er weist darauf hin, der SC 27 sei einer der benachteiligten Vereine in Bergisch Gladbach, da er schon dreimal sein Sportgelände verloren habe. Nun lasse man den Verein wieder im Regen stehen. Dabei würde der Verein der Stadt für einen geringen Zuschussbetrag zu einem vernünftigen Sportplatz verhelfen. Die Ablehnung des Antrages halte Herr Schwamborn für kurzsichtig. DIE LINKE. (mit BfBB) werde ebenso diesen Antrag ablehnen.

Herr Kleine meint, dies sei ein sehr schwieriges Thema, und der Ausschuss habe sich nun schon mehrfach damit befasst. Es gebe sicherlich für die verschiedensten Maßnahmen positive wie negative Argumente. Er finde, im Zuge der Beratungen über die Mittelvergabe aus dem Konjunkturpaket II seien bei den Vereinen auch Begehrlichkeiten geweckt worden. Die Vereine hätten mit sehr viel ehrenamtlichem Engagement Geld aufgebracht, wie auch der SC 27. Nachdem dann im Herbst die negative Entscheidung gefallen sei, habe dieser Verein sich nochmals bemüht und 160.000 EUR zusätzlich aufgebracht, so dass nur noch ein Zuschussbedarf von rund 70.000 EUR bestehe. Es gehe hier nicht darum, Schule gegen Sport oder anderem auszuspielen. Bei den Vereinen werde eher auf Dauer ein Vertrauensschaden angerichtet. Ferner weise auch er auf die Sanierung des Platzes in den nächsten Jahren hin. Jetzt könne der Platz mit einem kleinen Betrag saniert werden. Dies entlaste auch den künftigen Haushalt. Er appelliere an die Mitglieder des Ausschusses, diese Argumente bei ihrer Entscheidung mit zu bedenken und etwas für die Vereine zu tun.

Herr Mumdey weist die Äußerung von Herrn Schwamborn, hier werde kurzsichtig gehandelt, vehement zurück.

Herr Dr. Kerschner teilt mit, die KIDinitiative schließe sich im Grunde einigen Vorrednern an. Ferner sieht auch er das Problem, Mittel für Kunstrasenplätze auszugeben, solange die Schulen in einem desolaten Zustand seien.

Herr Dr. Bernhauser merkt an, in dieser Sitzung könne kein Ratsbeschluss revidiert werden. Die Angelegenheit sei bereits beschlossen worden. Ferner weist er auf die Prioritätenliste für die Sportplatzsanierung hin und bittet die Verwaltung mitzuteilen, an welcher Stelle dieser Sportplatz in der Prioritätenliste stehe. Der am höchsten bedürftige Platz werde gerade saniert, alle anderen seien laut der alten Liste nachrangig.

Herr Dr. Miede widerspricht Herrn Dr. Bernhauser und stellt richtig, bei diesem Tagesordnungspunkt handle es sich über eine Entscheidung in diesem Ausschuss. Da es sich hier um einen neuen Antrag handle, könne der Ausschuss selbstverständlich entscheiden.

Herr Weirich erläutert, in der Prioritätenliste seien drei Plätze aufgeführt: der Sportplatz An der Steinbreche, der Sportplatz in Herkenrath und der Sportplatz am Stadion. Die anderen Plätze, u.a. auch der Platz an der Saaler Mühle, seien zwar in einem schlechten Zustand, aber noch bespielbar, und müssten erst in Zukunft saniert werden.

Frau Beisenherz-Galas meint, es sei nicht einfach, hier zu entscheiden. Durch den neuen Antrag sei jedoch eine neue Sachlage entstanden. Der beantragte Zuschuss sei nun viel geringer. Zudem müsse der Platz in Zukunft sowieso saniert werden. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN werde den Antrag der Verwaltung daher ablehnen. Sie betont noch, sie seien natürlich nicht gegen Schulsanierungen und fänden es natürlich auch gut, wenn diese Mittel für energetische Sanierung an Schulen eingesetzt werden. Allerdings seien sie auch der Meinung, die neue Sachlage fordere hier auch eine neue Entscheidung.

Herr Neu weist noch einmal darauf hin, mit der heutigen Abstimmung könne einem Verein, der überwiegend Jugendliche als Mitglieder habe, geholfen werden, einen bespielbaren Platz zu schaffen. Dies würde auch der Schule an der Saaler Mühle nutzen. Er bittet die Mitglieder des Ausschusses, ihr Abstimmungsverhalten noch einmal zu überdenken.

Frau Lehnert weist auf die bevorstehenden Haushaltsdebatten hin. Sie halte es für unverantwortlich, die Entscheidung in der jetzigen Sitzung vorzuziehen und appelliert daran, dies im Rahmen der Haushaltsdebatte zu tun.

Frau Koshofer schließt sich Frau Lehnert an.

Herr Heimann weist auf die Sportstätten-situation des Schulzentrums an der Saaler Mühle und der Gemeinschaftsgrundschule Karl-Philipp-Str. hin. Er findet, eine Investition am Standort Saaler Mühle diene sowohl den Vereinen wie auch den Schulen und stelle eine Bereicherung für alle dar. Die Kooperation mit dem Verein biete eine gute Gelegenheit, die wahrgenommen werden sollte.

Herr Kleine merkt an, der Hinweis von Frau Lehnert auf die Haushaltsberatungen sei etwas schwierig, und weist noch einmal auf die schwierige Haushaltslage hin. Die freiwilligen Leistungen müssten mehr und mehr zurückgefahren werden. Er gehe davon aus, dass eine Sanierung des Platzes in Zukunft auf Grund des Nothaushaltes kaum noch möglich sei. Von daher solle man die Möglichkeit nun nutzen und die benötigten 68.000 Euro aus dem Konjunkturpaket II zur Verfügung stellen.

Herr Willnecker möchte noch klarstellen, es gehe hier nicht gegen den Sport. Nur im Rahmen der jetzigen Entwicklung sei es unverantwortlich, vor den Haushaltsberatungen der Sache zuzustimmen. Bei der letzten Ratssitzung sei ein klarer Beschluss gefasst worden, alles andere könne nur im Rahmen der Haushaltsberatungen diskutiert werden.

Der Vorsitzende stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

**Der Beschlussvorschlag „Ablehnung einer Zuschussgewährung aus dem Konjunkturpaket II an den Sportverein SC 27 Bergisch Gladbach e.V.“ wird mehrheitlich mit 9 Stimmen aus den Reihen der CDU, FDP und KIDinitiative bei 7 Gegenstimmen aus den Reihen der SPD, Bündnis 90/Die GRÜNEN und DIE LINKE. (mit BfBB) angenommen. Ein Ausschussmitglied der CDU enthält sich der Stimme.**

14. **Abschlussbericht Bildungsprojekt: denken - sprechen - lesen, ein Sprach- und Leseprojekt der Stadt Bergisch Gladbach, 17.08. - 10.10.2009**  
0020/2010

Herr Dr. Miede findet, das Kulturbüro habe hier eine außerordentlich zukunftsweisende Idee gehabt. Diese kreative Idee solle unbedingt unterstützt und begleitet werden, soweit dies durch den Ausschuss möglich sei.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

15. **Schenkung des Künstlers Hermann Eskens an die Städtische Galerie Villa Zanders**  
0491/2009

Herr Dr. Miede dankt dem Künstler Hermann Eskens im Namen des Ausschusses für diese Schenkung.

Herr Dr. Vomm erläutert, die Museen in Bergisch Gladbach verfügten über umfangreiche Sammlungen. Diese Sammlungen bestünden zu 90 % aus bürgerschaftlichen Schenkungen und Stiftungen. Leider verfügten die Museen nicht über einen Ankaufsetat, wie es üblicherweise Sitte sei. Dies bedaure man schon. Erfreulicherweise gebe es in Bergisch Gladbach Bürger, die die Museen tatkräftig auf vielen Ebenen unterstützten. Die Schenkung von Hermann Eskens werde am 31.01.2010 mit zwei weiteren Schenkungskomplexen in der Städtischen Galerie Villa Zanders vorgestellt. Herr Dr. Vomm lädt alle Ausschussmitglieder zu diesem Schenkungsakt ein.

Frau Koshofer möchte gerne wissen, ob man die Schenkungen auch in der Artothek ausleihen könne und ob Stücke aus den umfangreichen Sammlungen an andere Museen ausgeliehen würden.

Herr Dr. Vomm erklärt, ein Teil der Schenkung werde sicherlich der Artothek zugeführt. Dies besitze ohnehin schon Arbeiten von Hermann Eskens. Der größere Teil verbleibe jedoch in der Sammlung. Aus dem Material rekrutiere man die eigenen Ausstellungen. Gelegentlich würden auch Arbeiten ausgeliehen.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst einstimmig folgende **Beschlussempfehlung:**

**Angesichts des künstlerischen Ranges und des Wertes des angebotenen Bestandes wird die Schenkung mit einem herzlichen Dankschön an den Künstler angenommen.**

16. **Kulturprojektförderung 1. Halbjahr 2009**  
0487/2009

Frau Lehnert spricht dem Kulturbüro den Dank für die Durchführung aus.

Herr Dr. Kerschner sagt, bei der Einführung der Kulturförderrichtlinien habe man beschlossen, diese relativ zeitnah zu überprüfen und ggf. zu erneuern. Er möchte gerne wissen, ob eine

Überprüfung stattgefunden habe und wie die Erfahrungen des Kulturbüros in der Anwendbarkeit der Richtlinien seien.

Frau Weymans erklärt, sie habe die Anträge und die Verwendungsnachweise aus 2009 genutzt, um die Anwendbarkeit der Kulturförderrichtlinien zu überprüfen. Es werde sehr wahrscheinlich nur redaktionelle Änderungen geben. Eine Vorlage werde demnächst erstellt.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

## **17. Anträge der Fraktionen**

### **17.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) vom 16.12.2009 zur Einrichtung eines Jugendparlaments für Bergisch Gladbach** *0021/2010*

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport hat den Antrag der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) vom 16.12.2009 zur Einrichtung eines Jugendparlaments für Bergisch Gladbach (Vorlage 0021/2010) ohne Aussprache an den Jugendhilfeausschuss überwiesen.

### **17.2. Durchführung einer Befragung zum Elternwillen und Bedarf von Gesamtschulen** *0012/2010*

Herr Pütz erklärt, die Vorlage sehe eine einfache Elternbefragung vor. Zwischenzeitlich habe die Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung angeboten, ein Projekt durchzuführen, welches die Schulentwicklungsplanung in Bergisch Gladbach unter besonderer Berücksichtigung der Gesamtschulproblematik zum Inhalt habe. Er schlägt vor, die Fachhochschule das Projekt durchführen zu lassen und die Elternbefragung in das Projekt einzubinden.

Herr Neu teilt mit, dem könne die SPD-Fraktion zustimmen. Der Elternwille sei ihnen immer wichtig.

Frau Lehnert erklärt für die CDU-Fraktion, auch ihnen sei es wichtig, den Elternwillen zu erfragen. Jedoch sehe sie hierin ein Vorgehen, welches nicht konsequent zu Ende geführt werden könne. Durch die Elternbefragung erwecke man bei den Eltern gleichzeitig Hoffnung auf Änderung. Diese sei aber im Augenblick auf Grund der derzeitigen Haushaltslage gar nicht möglich. Daher halte sie den Zeitpunkt für eine Elternbefragung für ungünstig. Ferner sei die Einführung des G8-Abiturs auch an Gesamtschulen geplant. Hierdurch entstehe auch eine neue Situation. Auf Grund dieser beiden Gegebenheiten sei eine Befragung zum derzeitigen Zeitpunkt nicht geboten.

Herr Dr. Miede merkt an, die Gesamtschule könne das G8-Abitur anbieten, müsse es jedoch nicht.

Herr Pütz teilt die Bedenken zur Elternbefragung. Er geht davon aus, dass sich ein ähnliches Ergebnis wie in Köln ergeben werde. Deshalb würde er gerne im Rahmen des Projektes der Fachhochschule zunächst die Frage klären lassen, ob eine weitere Gesamtschule in den heutigen vorhandenen Räumlichkeiten möglich wäre. Erst wenn man dies bejahen könne, solle die Elternbefragung zum Zuge kommen.

Frau Beisenherz-Galas findet die Befragung zum jetzigen Zeitpunkt richtig und notwendig. Sonst werde sich in der Schullandschaft nie etwas verändern. Zunächst müsse man wissen, was der Elternwille sei. Mit dieser Grundlage seien die räumlichen Möglichkeiten für eine evtl. zweite Gesamtschule zu untersuchen. Ferner fragt sie an, ob die Möglichkeit bestehe, den Fragebogen vorher einzusehen

Frau Koshofer merkt an, sie würde das Ergebnis einer Elternbefragung ebenfalls interessieren. Jedoch finde auch sie den Zeitpunkt der Elternbefragung für nicht passend. Sie regt an im Vorfeld noch zu prüfen, ob nicht Overath bzw. Rösrath an einer Gesamtschule interessiert seien.

Herr Dr. Kerschner schließt sich einigen der Vorredner an. Auch er ist der Meinung, man wecke durch die Umfrage Begehrlichkeiten. Ferner müsse dann eine bestehende größere Schule umgewidmet werden. Auch wäre es interessant zu erfahren, ob es sich bei den Interessenten für eine neue Gesamtschule überwiegend um Schülerinnen und Schüler handle, die sonst die Hauptschule besuchten. Ferner weise er auf die derzeitige Gesamtdiskussion im Land über das Schulsystem hin. Deswegen finde auch er den Zeitpunkt der Umfrage unglücklich.

Frau Dietsch findet die Frage „Würden Sie ihr Kind an einer Gesamtschule anmelden?“ für wenig aussagekräftig. Im Falle einer Befragung müsse eine sehr differenzierte Umfrage mit Mehrfachmöglichkeiten durchgeführt werden. Auch sie plädiere dafür, den Fragebogen vorher einzusehen.

Frau Scheerer findet genau aus diesem Grunde das Angebot der Fachhochschule für passend. Es werde sicher eine sehr differenzierte Umfrage ausgearbeitet, die eine Menge Daten liefere.

Herr Pütz weist noch abschließend darauf hin, im Falle der Annahme des Angebotes der Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung wäre eine Präsentation der Ergebnisse auf Grund deren Zeitplanung erst in der Novembersitzung möglich.

**Für den Antrag der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) stimmen die SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. (mit BfBB). Mit 9 Gegenstimmen aus den Reihen der CDU und der FDP wird der Antrag bei einer Enthaltung der KIDinitiative mehrheitlich abgelehnt.**

**17.3. Anträge der FDP - Fraktion und der Fraktion Die Linke. (mit BfBB) vom 27.11.2009 und 30.11.2009 zur Bestellung weiterer beratender Mitglieder für den Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport (0555 / 2009)**  
0024/2010

Herr Dr. Miede betont, er habe sich schon mehrfach zu diesem Thema geäußert. Er halte es für außerordentlich unglücklich, wenn in diesem Ausschuss Interessenvertretungen wahrgenommen würden, und befürchte permanente Auseinandersetzungen der verschiedenen Interessenten. Herr Dr. Miede weist auch auf die kommunalverfassungsrechtlichen Regelungen und das Schulgesetz hin. Diese sähen für diesen Ausschuss nur und ausschließlich als beratende Mitglieder eine von der katholischen Kirche und der evangelischen Kirche benannte Vertreterin oder einen benannten Vertreter vor.

Frau Scheerer entgegnet, die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN sähen dies anders. Gem. § 58 Abs. 4 der Gemeindeordnung könnten den Ausschüssen volljährige sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner als Mitglieder mit beratender Stimme angehören, die in entsprechender Anwendung des § 50 Abs. 3 zu wählen seien. Die Ausschüsse seien berechtigt, weitere Mitglieder mit beratender Stimme zu benennen. In den Anträgen würden zwei Gruppen genannt. Der

Stadtsportverband vertrete ca. 25.000 Einwohner dieser Stadt, ungefähr ein Viertel der Einwohnerzahl. Es seien viele Sportentscheidungen zu treffen, wobei die Stimme der Vorsitzenden eigentlich gehört werden sollte. Des Weiteren gehe es um die Bezirksschülervertretungen. Bei Belangen, die die Schulen betreffen, gehe es auch um die Belange der Jugendlichen und der jungen Erwachsenen. Junge Erwachsene könnten so an die Politik herangeführt werden. Aus diesem Grunde seien sie der Meinung, der Stadtsportverband und die Bezirksschülerschaft sollten einen beratenden Platz erhalten.

Herr Dr. Mieke entgegnet, er sehe die Teilnahme dieser Vertreterinnen und Vertreter am nichtöffentlichen Teil, in dem es u.a. um Mittelvergabe und Beförderungen gehe, als problematisch an. Ferner weise er darauf hin, durch die Öffnung für diese beiden Gruppen könnten Anträge weiterer gesellschaftlich relevanter Gruppen nicht abgelehnt werden. Dann hätte man keinen beschlussfähigen Ausschuss mehr, sondern ein Parlament der Diskussionen.

Herr Kraus erklärt, die CDU-Fraktion werde den Antrag ablehnen. Auch er befürchtet, durch die einzelnen Interessenvertretungen könne eine inhaltlich vernünftige Diskussion erschwert werden. Er biete für seine Fraktion dem Stadtsportverband die Mitarbeit in der CDU-Fraktion z. B. als sachkundige Bürgerin und sachkundiger Bürger an. Sei seien da jederzeit offen. Jede Fraktion habe so die Möglichkeit, Sachkunde und Fachwissen mit in die Politik einzubringen. Es liege an der Politik selbst, den Nachwuchs zu rekrutieren und die Politik attraktiv zu gestalten. Die CDU habe in Bergisch Gladbach eine relativ große Jugendvertretung.

Frau Koshofer erklärt für FDP-Fraktion, der Stadtsportverband müsse als beratendes Mitglied bei den Sitzungen dabei sein, auch aus Gründen der Effektivität. Vor den Entscheidungen sei häufig die Meinung des Stadtsportverbandes einzuholen. Sie halte die Vertretung des Stadtsportverbandes in diesem Ausschuss für sehr wichtig. Die Bestellung weiterer beratender Mitglieder liege im Ermessen des Ausschusses. Frau Koshofer stellt einen Antrag auf Vertagung.

Herr Dr. Mieke entgegnet darauf hin, in der SPD-Fraktion gebe es mehrere Mitglieder, die über ihre Vereine auch Mitglieder des Stadtsportverbandes seien.

Frau Scheerer macht Herrn Kraus darauf aufmerksam, es gebe auch viele Bürger, die nicht parteigebunden zu Worte kommen möchten.

Herr Neu unterstützt die Ansicht des Vorsitzenden. Sollte der Stadtsportverband eine beratende Stimme im Ausschuss erhalten, müsse man auch anderen gesellschaftlich relevanten Gruppen eine solche zugestehen. Ferner teile er nicht die Auffassung, der Ausschuss würde viele Entscheidungen aus dem Bereich des Sportes treffen. In der heutigen Sitzung gebe es z.B. nur eine Vorlage für den Sport. Im Ausschuss säßen zudem mehrere Vertreter, die auch über ihren Verein Mitglied im Stadtsportverband seien. Er möchte auch noch die Aussage korrigieren, im früheren Sportausschuss habe der Stadtsportverband einen Sitz gehabt. Richtig sei, die CDU habe damals einen Sitz abgetreten.

Herr Schwamborn teilt mit, er habe die Erfahrung gemacht, dass nicht die beratenden Mitglieder eines Ausschusses die Diskussionen ins Unendliche geführt hätten. Diese hätten sich nur zweckgebunden und zu ihrem Thema gemeldet.

Frau Beisenherz-Galas erklärt, die Argumente gegen eine Bestellung weiterer beratender Mitglieder überzeuge sie nicht. Sie sehe nicht, dass durch die Bestellung von ein oder zwei beratenden Mitgliedern der Rahmen des Ausschusses gesprengt und die Struktur verändert werde. Auch finde sie nicht, dies stelle ein Einfallstor für unendlich viele beratende Mitglieder dar. Es gehe konkret um zwei Gruppen, die hier gerne vertreten wären. Eine Erweiterung könne auch in der politischen Arbeit helfen. Ferner finde sie, der Stadtsportverband müsse durch jemanden, der den Verband

insgesamt repräsentiert, vertreten werden. Sie empfinde eine Erweiterung, auch durch weitere Gruppen, als Bereicherung und nicht als Bedrohung.

Der Vorsitzende lässt zunächst über den Antrag auf Vertagung abstimmen. Dieser wird mehrheitlich bei zwei Ja-Stimmen aus den Reihen der FDP-Fraktion und ohne Enthaltung abgelehnt.

Danach stellt der Vorsitzende die Anträge der FDP-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) zur Abstimmung.

**Für den Antrag der FDP-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) stimmen 5 Mitglieder aus den Reihen der FPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. (mit BfBB). Mit 11 Gegenstimmen aus den Reihen der CDU, SPD und KIDinitiative wird der Antrag bei einer Enthaltung aus den Reihen der CDU mehrheitlich abgelehnt.**

**17.4. Antrag der CDU Fraktion vom 14.12.2009 zur Fortführung des  
Veranstaltungsmanagements im Erdgeschoss der Villa Zanders  
0027/2010**

Herr Kleine teilt mit, der Antrag sei grundsätzlich zu begrüßen. Er regt an, die mit dieser Aufgabe betrauten Person mit einer ziemlichen Selbstständigkeit, losgelöst von vielen Verwaltungszwängen, auszustatten und dies bei der Erstellung des Gesamtkonzepts und bei der Eingliederung der Person zu berücksichtigen.

Herr Dr. Vomm erläutert, die Villa Zanders freue sich darüber, dass zunehmend mehr Bürger das Haus besuchten. Die Steigerung der Besucherfrequenz sei aber nicht nur das Verdienst des Museums oder der Stadt, sondern der Galerie und Schloss e.V. sei maßgeblich an diesem Erfolg beteiligt, welcher als zentraler Veranstalter im Haus fungiere. Mittlerweile seien jedoch die Kapazitätsgrenzen bezüglich freier Termine erreicht und Steigerungen seien kaum noch vorstellbar. Er weist darauf hin, dass er in gut einem Jahr ausscheiden werde und bittet darum, dies bei der Frage, wie das Kulturmanagement in der Villa Zanders gelöst werden solle, zu berücksichtigen.

Herr Dr. Miede entgegnet, der Galerie und Schloss e.V. lade ja für seine Interessenten ein. Gewünscht werde jedoch auch weiterhin die Vermarktung des Hauses durch Vermietung an Individualpersonen, die diese repräsentativen Räume z.B. für private Veranstaltungen nutzen möchten.

Frau Lehnert möchte in diesem Rahmen dem Galerie und Schloss e.V. für das außerordentliche Engagement danken, von dem alle in reichem Maße profitierten. Dem schließt sich Frau Koshofer ausdrücklich an.

**Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport stimmt einstimmig bei drei Enthaltungen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) für den Antrag der CDU-Fraktion.**

**18. Anfragen der Ausschussmitglieder**

Frau Appel hat eine Frage zum Radrennen „Rund um Köln“. Im letzten Jahr sei im Scherfbachtal die Zufahrt zur Kirche zu früh geschlossen worden. Die Besucher des Gottesdienstes hätten die Kirche nur über einen Feldweg erreichen können.

Herr Weirich antwortet, das Problem sei in der Sitzung des Arbeitskreises diskutiert worden. Es werde im Vorfeld der Veranstaltung noch diesbezüglich Gespräche mit der Polizei geben.

Frau Lehnert regt an, Veranstaltungen insbesondere im Kunst- und Kulturbereich doch so zu legen, dass auch Gottesdienstbesucher die Möglichkeit bekämen daran teilzunehmen. Häufig würden die Veranstaltungen in Bergisch Gladbach um 11:00 Uhr bzw. 11:30 Uhr beginnen. Dies kollidiere mit den Zeiten der Gottesdienste.

Frau Scheerer stellt folgende Anfrage zum Projekt „Kein Kind ohne Mahlzeit“:

„Im letzten Jahr gab es ja vom Land das Projekt kein Kind ohne Mahlzeit. Wie sieht das weiter mit der städtischer Förderung aus. Im letzten Jahr hatten wir über Sponsoring die Möglichkeit städtische Zuschüsse zu geben. Wie sieht das in diesem Jahr aus?“

Die Verwaltung wird diese Anfrage schriftlich beantworten.

Ferner hat Frau Scheerer eine Anfrage zum EU-Projekt „Obst für Kinder“. Sie erläutert, dieses Projekt richte sich an Grundschulkinder. Jeden Tag könnten Obst wie Äpfel und Bananen aus dem reichlichen EU-Fonds an Grundschulkinder verteilt werden. Sie habe gehört, es seien Grundschulen angeschrieben worden, sich daran zu beteiligen. Ferner habe sie gehört, die Gesundheitsvorschriften, wie das Obst zu verteilen sei, seien so horrend, dass man überhaupt nicht mehr wisse, wie man das Obst an die entsprechenden Kinder weitergeben könne. Sie fragt an, ob die Verwaltung hierüber Bescheid wisse und die Ausführungsbestimmungen kenne.

Auch diese Anfrage wird schriftlich beantwortet.

Herr Dr. Mieke bittet die Verwaltung zu prüfen, ob die Möglichkeit besteht, einen Bücherschrank in Bergisch Gladbach aufzustellen. In Bonn und Düsseldorf sei ein großer Schrank aufgestellt worden, in dem jeder Bürger seine Bücher einstellen könne. Ebenso könne jeder Bücher herausnehmen.

Herr Pütz teilt mit, ein solches Projekt sei bereits auf dem Weg. Ein Sponsor sei gefunden. Derzeit prüfe man die Möglichkeiten.

Frau Dr. Killersreiter erklärt, in der Volkshochschule habe sich bereits seit ca. 4 Monaten solch ein Bücherschrank entwickelt. Bücher aus dem Archiv seien zur Verfügung gestellt worden, ebenso stellten Bürger Bücher ins Regal. Der Schrank sei entsprechend beschildert. Eine Mitarbeiterin schaue regelmäßig nach der hineingestellten Literatur. Der Bücherschrank werde sehr gut angenommen.

Herr Dr. Mieke findet dies hervorragend. Er denke jedoch an einen Bücherschrank auf einem öffentlichen Platz. Frau Scheerer ergänzt, in Münster gebe es einen solchen Bücherstand am Bahnhof.

Herr Kraus stellt folgende Anfrage:

„Meine Anfrage zielt so ein bisschen auf die Diskussion um das Mohnwegbad. Mein Anfrage an die Verwaltung. Wie sehen die bereinigten Zahlen der Wasserflächen aus bei einem Wegfall des Schwimmbades Mohnweg und bei einer – ich sag mal – nicht anteilig berechenbaren Zeit des Milchborntalsbad. Da hat ich mal gerne dann gewusst, wie dann unsere Wasserflächen sind auch in Bezug auf den Schulsport.“

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet.

Frau Beisenherz-Galas stellt folgende Anfrage:

„Noch eine Anfrage zum Schwimmbad Mohnweg. Ich bin mir jetzt nicht sicher, ob die Anfrage in einem anderen Ausschuss schon gestellt wurde, aber noch mal die Bitte an die Verwaltung, zu überprüfen, ob nicht die Sanierung des Schwimmbad Mohnweg finanziell zu stemmen wäre, dadurch, dass ein Teil der Summe aus der Bädergesellschaft dafür verwendet wird. Also nicht, dass die Bädergesellschaft ganz aufgelöst wird, sondern, dass ein Teil der Summe aus der Bädergesellschaft für die Sanierung verwendet wird. Denn eigentlich ist die Bädergesellschaft ja nur dafür gegründet worden. Ich möchte, dass das noch mal ausdrücklich geprüft wird. Denn es wird ja immer gesagt, es sei kein Geld vorhanden in der augenblicklichen Situation. Ist ja auch sicher richtig, aber die Bädergesellschaft hat ja immer noch Geld. Und ich möchte, dass dieser Weg noch einmal überprüft wird, wirklich ernsthaft überprüft wird von der Verwaltung.“

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet.

Herr Miede schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

---

Bürgermeister

---

Schriftführung